



Sportausschuss

28. Sitzung (öffentlich)

24. November 2015

Senatssaal der Deutschen Sporthochschule Köln

15:00 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Axel Wirtz (CDU)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Begrüßung **3**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz
2016)** **7**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300
Drucksache 16/10150 – Ergänzung

Einzelplan 07, Kapitel 07 060, Förderung des Sports

Vorlage 16/3172 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/3269
Vorlage 16/3320

Der Änderungsantrag von SPD und Grünen zu Kapitel 07 060
Titel 686 60 wird mit den Stimmen von SPD, Grünen und
Piraten bei Enthaltung von CDU und FDP einstimmig

angenommen. – Mit der Annahme dieses weitergehenden Antrags erübrigt sich die Abstimmung über einen ähnlich lautenden Antrag der CDU, der eine Erhöhung um 1 Million € zu derselben Haushaltsposition vorsieht.

Sodann wird der gesamte Sporthaushalt – Einzelplan 07, Kapitel 07 060 – unter Einbeziehung des soeben angenommenen Änderungsantrags mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten angenommen.

- | | | |
|----------|---|----------|
| 2 | „Mitleid war gestern?!“ Die Faszination des Sports von Menschen mit Behinderungen | 9 |
| | Bericht der Deutschen Sporthochschule Köln | |
| 3 | Brainjogging unter Extrembedingungen – Sport vereint einen gesunden Körper und Geist von der Erde bis zum Weltraum | 9 |
| | Bericht der Deutschen Sporthochschule Köln | |
| 4 | Präventive Dopingforschung | 9 |
| | Bericht der Deutschen Sporthochschule Köln | |

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9300
Drucksache 16/10150 – Ergänzung

Einzelplan 07, Kapitel 07 060, Förderung des Sports

Vorlage 16/3172 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/3269
Vorlage 16/3320

Vorsitzender Axel Wirtz schickt voraus, Änderungsanträge der Fraktionen lägen als Tischvorlage vor – *siehe Drucksache 16/10507, Seiten 14 und 15.*

Des Weiteren erinnert der Vorsitzende an die Verständigung unter den Fraktionen, dass heute in Fraktionsstärke abgestimmt werde.

Rainer Bischoff (SPD) weist darauf hin, dass man bei Kapitel 07 060 – Förderung des Sports, Titelgruppe 60 – Zuwendungen und Sachausgaben zur Förderung des Sports – Titel 686 60 – Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland – den Bareinsatz um 1,15 Millionen € auf 19.179.400 € Erhöhung beantragt habe. Die SPD-Fraktion sei sehr zufrieden damit, dass es gelungen sei, dass mit einer Erhöhung in zwei Tranchen eine Höhe wie 2005 erreicht worden sei, da bekanntlich ab 2005 eine Kürzung stattgefunden habe. Sportpolitiker hätten sich sicherlich gewünscht, das in einem Rutsch zu machen. Allerdings habe man auch mehr Ausgaben des Landes im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik berücksichtigen müssen.

Insofern habe man sich innerhalb der Fraktion darauf verständigt, dass die notwendigen 1,8 Millionen € zunächst in einem ersten Schritt mit 900.000 € den Übungsleitern zugute komme. Er habe aus der Sportfamilie gehört, dass dies auch so akzeptiert werde. Damit könne man für die Übungsleiter, für das Ehrenamt ein deutliches Zeichen der Schätzung setzen. Er appelliere an die Vereine, die Gelder auch tatsächlich wirklich an die Übungsleiter weiterzugeben.

Holger Müller (CDU) stellt fest, dass nach 2005 die Übungsleiterpauschale um 1,5 Millionen gesenkt worden sei, aber vor 2005 um 3,8 Millionen, nämlich von 11,7 auf 7,5. Das wolle er nur der geschichtlichen Wahrhaftigkeit hinzufügen.

Josefine Paul (GRÜNE) merkt an, im zweiten Teil des Änderungsantrages sei eine Aufstockung der Mittel für das Projekt 1.000 mal 1.000 um 250.000 € vorgesehen. Damit versuche man einen Schritt nachzuvollziehen, den man politisch bereits miteinander gegangen sei, indem man den gemeinsamen, interfraktionellen Antrag zur Inklusion im Sport gestellt habe. Dies werde nun mit Mitteln hinterlegt, um insbesondere die Vereine zu motivieren, sich auf den Weg zu machen. Es sei der richtige Weg, über

ein Anreizsystem vor Ort den Vereinen kleinere Möglichkeiten an die Hand zu geben, um nach ihren eigenen Möglichkeiten und nach dem, was vor Ort gebraucht werde, ein inklusives Sport- und Vereinsleben zu gestalten.

Rainer Bischoff (SPD) merkt an auf einen Hinweis des Vorsitzenden, dass nach seiner Kenntnis im Ältestenrat verabredet worden sei, dass die Anträge auch in den Fachausschüssen abgestimmt werden sollten, weil das in den letzten Jahren zurückgestellt worden sei. Es sei schon von symbolischem Charakter, wenn man den Sporthaushalt auch im Sportausschuss abstimme.

Dr. Björn Kerbein (FDP) begründet seine angekündigte Gegenstimme damit, dass es im Sport viele Bereiche gebe, die im Konsens und gut liefen. Allerdings sehe man diesen Einzelplan auch im Gesamtzusammenhang. Da der Gesamthaushalt später abgelehnt werde, werde seine Fraktion dies an dieser Stelle auch tun. Das Ansinnen der vorliegenden Anträge sei gut und richtig. Aber wenn man dafür kein Geld, habe ein Problem.

Simone Brand (PIRATEN) begrüßt den Antrag von SPD und Grünen, weil man schließlich in der Referentenrunde auch den 1.000 mal 1.000 Ansatz eingebracht habe. Auch habe man beim letzten Mal nach dem beim Strichansatz um eine Erläuterung gebeten, der ja nun mit Leben gefüllt sei, nämlich mit 250.000 €. Das fehle leider im CDU-Antrag, bei dem man sich enthalten werde.

Holger Müller (CDU) hält fest, man werde den Haushaltsansatz ablehnen, weil der Haushalt schuldenfinanziert sei.

Der Änderungsantrag von SPD und Grüne zu Kapitel 07 060 Titel 686 60 wird mit den Stimmen von SPD, Grünen und Piraten bei Enthaltung von CDU und FDP einstimmig angenommen. – Mit der Annahme dieses weitergehenden Antrags erübrigt sich die Abstimmung über einen ähnlich lautenden Antrag der CDU, der eine Erhöhung um 1 Million € zu derselben Haushaltsposition vorsieht.

Sodann wird der gesamte Sporthaushalt – Einzelplan 07, Kapitel 07 060 – unter Einbeziehung des soeben angenommenen Änderungsantrags mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten angenommen.